

Telefon 069 78973-108
Fax 069 78973-202
maike.finnern@gew.de
26. Juni 2024

Offener Brief zum Bundeshaushalt 2025

Demokratie braucht Bildung und Bildung braucht Demokratie!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Vizekanzler Dr. Habeck,
sehr geehrter Herr Bundesminister für Finanzen Lindner,

mit großer Sorge um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wenden wir uns nachdrücklich an Sie.

Wir fordern Sie auf: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und steuern Sie in den Planungen und Beratungen zum Bundeshaushaltsentwurf 2025 aktiv um. Mit großer Dringlichkeit ist es geboten, umfassend in die Kinder und in die jungen Menschen unserer Gesellschaft zu investieren.

Der vor wenigen Tagen veröffentlichte Nationale Bildungsbericht hält allen politisch Verantwortlichen den Spiegel vor. In der gesamten Bildungskette, von der frühen Bildung in Kindertageseinrichtungen, über die allgemein- und berufsbildenden Schulen bis zu den Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen wird deutlich: Das Bildungssystem in Deutschland steht unter enormen Druck mit historischem Ausmaß und der Gefahr schwerwiegender Folgen für die nachfolgenden Generationen.

Jeden Tag geben Pädagog*innen ihr Bestes, um allen Kindern, allen Schüler*innen, allen Studierenden und Erwachsenen bestmögliche Bildungschancen zu gewährleisten. Jedoch fehlen allerorten Fachkräfte und die unzureichende Finanzierung lähmt innovative Entwicklungen. Jeden Tag spüren wir als Gesellschaft die zunehmenden Auswirkungen der hohen sozialen Ungleichheit. Jeden Tag erleben wir als Pädagog*innen die zunehmenden Sorgen und Ängste der jungen Menschen in unserem Land.

Trotz gestiegener Bildungsausgaben unterliegt das Bildungssystem nach wie vor einem hohen Investitionsstau, so dass systemische Verbesserungen ausbleiben. Die KfW schätzt diesen allein für kommunale Bildungseinrichtungen und Schulen bundesweit auf derzeit 67,5 Mrd. Euro.

Vielerorts ist es schwierig Fachkräfte zu gewinnen. In den Kindertageseinrichtungen fehlen trotz Rechtsanspruch, der vor mehr als zehn Jahren eingeführt worden ist, heute über 430.000 Betreuungsplätze und über 125.000 Fachkräfte. In den Schulen wurden in den vergangenen zwei Jahren zwölf Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte als Seiteneinsteiger*innen ohne klassische Lehramtsausbildung eingestellt. An einigen Schulen überwiegt im Kollegium die Anzahl der nicht oder kaum ausgebildeten Beschäftigten, die als Lehrkräfte tätig sind. Für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule ab 2026/27 kommt ein immenser Personalbedarf für voraussichtlich 600.000 zusätzliche Ganztagsplätze zum Ende des Jahrzehnts hinzu. Auch in der beruflichen Bildung und in der Erwachsenenbildung fehlt es an Personal. Unterrichtsstunden müssen in einer nicht mehr zählbaren Dimension ausfallen.

Die hohe soziale Ungleichheit und die zunehmende Armut von Kindern sind Entwicklungen, die wir als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft anprangern.

Die Bundesrepublik hat 2009 die UN Kinderrechtskonvention unterschrieben, doch es mangelt nach wie vor an der längst überfälligen Umsetzung. Unser Bildungssystem setzt Ungleichheit und Ungerechtigkeiten fort, so dass Kinder aus armen Familien skandalös weniger Chancen auf eine höhere Schulbildung, auf eine Gymnasialempfehlung bis hin auf einen erfolgreichen Ausbildungs- oder Studienabschluss haben, als Kinder aus Haushalten mit akademisch gebildeten Eltern.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Vizekanzler Dr. Habeck,
sehr geehrter Herr Bundesminister für Finanzen Lindner,

Sie stehen in der Verantwortung sich diesen sozialen Bildungsungleichheiten offensiv entgegen zu stellen. Sie haben die Möglichkeit und die Verantwortung zentrale Stellschrauben im Bundeshaushalt neu zu justieren.

Auf Grund der restriktiven Haushaltsvorgaben und des strikten Spardiktats steht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel. Die Ergebnisse der Wahlen zum Europaparlament haben gezeigt, dass wir alle zusammen Verantwortung dafür tragen müssen, die Demokratie in unserem Land zu schützen und zu stärken.

Wir wollen und werden unseren Teil in den Bildungseinrichtungen unseres Landes und in allen gesellschaftlichen Bereichen beisteuern. Dafür müssen wir gesamtgesellschaftlich allen Kindern und jungen Menschen eine umfassende Teilhabe an Bildung und Demokratieerfahrungen ermöglichen. Nur wenn junge Menschen eine positive Selbstwirksamkeit erfahren, werden wir sie zu starken und emanzipierten Persönlichkeiten befähigen und ermächtigen.

Damit dies gelingen kann, brauchen wir neben guten Kitas und Schulen ebenso die starken Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Vorstellung, dass der Bund seine Investitionen in

Jugendzentren, Sportvereinen, Jugendverbänden u.ä. massiv kürzen will, entsetzt uns. Wir benennen diese Planungen daher klar als Fehler.

Den offenen Brief der Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaft der Kinder und Jugendhilfe (AGJ) vom 18. Juni 2024 unterstützt die GEW vollumfänglich.

Eine Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen ist das absolut falsche Signal. Es braucht jetzt Investitionen und die GEW wiederholt ihre Forderung nach einem Sondervermögen Bildung im Umfang von 100 Milliarden Euro. Darüber hinaus brauchen wir finanzielle Ressourcen für das Kita-Qualitätsgesetz, eine Stärkung der Kinder- und Jugendplanmittel, der Projekte zur politischen Bildung, wie z.B. „Demokratie leben!“, einen Digitalpakt 2.0 und ein Ganztagsqualitätsgesetz.

Wir erwarten von Ihnen und appellieren an Sie, dass Sie Ihrem Auftrag für gleichwertige Lebensverhältnisse und damit auch gleichwertigen Bildungschancen aus dem Grundgesetz nachkommen.

Über Gesprächsangebote an die GEW, vertreten durch die Vorsitzende Maïke Finnern, freuen wir uns.

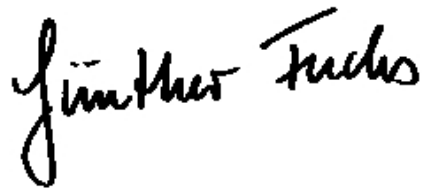
Dieser offene Brief wird gemeinsam vom Hauptvorstand der GEW und ihren 16 Landesverbänden getragen.

Maïke Finnern
Vorsitzende der GEW

Monika Stein
Vorsitzende GEW Baden-Württemberg

Martina Borgendale
Vorsitzende GEW Bayern

Martina Regulin
Vorsitzende GEW Berlin



Günther Fuchs
Vorsitzender GEW Brandenburg



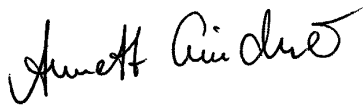
Elke Suhr
Vorsitzende GEW Bremen



Sven Quiring
Vorsitzender GEW Hamburg



Thilo Hartmann
Vorsitzender GEW Hessen



Annett Lindner
Vorsitzende GEW Mecklenburg-Vorp.



Stefan Störmer
Vorsitzender GEW Niedersachsen



Ayla Çelik
Vorsitzende GEW Nordrhein-Westfalen



Kathrin Gröning
Vorsitzende GEW Rheinland-Pfalz



Max Hewer
Vorsitzender GEW Saarland



Burkhard Naumann
Vorsitzender GEW Sachsen



Eva Gerth
Vorsitzende GEW Sachsen-Anhalt



Franzi Hense
Vorsitzende GEW Schleswig-Holstein



Kathrin Vitzthum
Vorsitzende GEW Thüringen